



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/105 - 7.5.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Paris ohne praktische Ergebnisse
Osteuropa in der deutschen Bildung
Grotewohl und die Saarfrage
Churchill in Aachen

S. 1
S. 3
S. 5
S. 6

NATO in der Mauserung

b.v.-Paris

Die Meinungen von fünfzehn Aussenministern unter einen Hut zu bringen, war noch nie leicht. Es war besonders schwer, als am letzten Wochenende sich die fünfzehn NATO-Aussenminister mit dem Schlusstext auseinandersetzten, der dann schliesslich zustande kam. Soviel auch an dem ursprünglichen Spaakschen Text geändert wurde, eines war doch von vornherein klar: Die NATO soll nun aufhören, eine auf rein militärischem Denken fundierte Gemeinschaft darzustellen. Mit dieser Feststellung allein aber kommt man nicht weiter. Die Frage war und ist, was an die Stelle des rein militärischen Denkens nun treten wird. Darüber soll sich nun in erster Linie der Dreier-Ausschuss Lange-Martino-Pearson den Kopf zerbrechen. Ehe er zu Ergebnissen kommt, können Monate vergehen. Was in der Zwischenzeit zu geschehen hat, ist in sehr allgemeinen und unverbindlichen Wendungen im Kommuniqué festgehalten.

Natürlich lag es nahe, in diesem Fall das Politische in den Vordergrund zu stellen. Doch damit stösst man sofort auf erhebliche Hindernisse. Die politischen Auffassungen der 15 NATO-Regierungen sind schwer auf einen Nenner zu bringen. England und Griechenland z.B., beide NATO-Mitglieder, sind in Wirklichkeit beinahe auf dem Kriegspfade, da England seine Kronkolonie Zypern behalten will, während Griechenland ganz offen für das Gegenteil eintritt. In der Bundesrepublik wiederum ist die Regierung eben jetzt dabei, sich in der militärischen Praxis zu üben, obwohl sie, als NATO-Mitglied nun das Hauptgewicht auf politische Tätigkeiten legen sollte. Und Island, das gar keine Armee hat, aber NATO-Luftstützpunkt ist, hat wissen lassen, dass es sehr gern aus allen militärischen Verpflichtungen, die damit verbunden sind, entlassen werden möchte.

Mehr noch: Zur Politik gehört die Frage der Unterstützung sogenannter unterentwickelter Länder. Wer früher glaubte, dies sei ein Privileg des Westens, dem hat die Sowjet-Union inzwischen in Ägypten, Syrien und indirekt auch in Indien gezeigt, dass seine Annahme falsch war. Nun -2-

7.5.1956

lagen dem NATO-Ministerrat zwar etliche Pläne oder doch Vorschläge vor, wie man auf diesem Gebiet vorgehen könnte. Sie aber haben durchaus keinen ungeteilten Beifall gefunden. Jedenfalls sollen die 15 NATO-Staaten gemeinsam vorgehen und den "Untereentwickelten" die nötige Hilfsstellung leisten. Zu der gehört vor allem eines, nämlich Geld. Und über dieses Mittel zum Zweck verfügt in erster Linie nur das Mitglied USA. Da dieses Mitglied zweifellos den weitaus grössten Beitrag zu leisten haben würde, hat es bisher keine Lust gezeigt, seine Dollars für die erwünschte Hilfsstellung etwa unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen oder gar der NATO.

Gerade an die Vereinten Nationen aber dachte Christian Pineau, Frankreichs jetziger Aussenminister. Er sah in der UN das einzige Gremium, das nicht paktgebunden ist, so dass an der Hilfe für die "Untereentwickelten" sowohl der Westen wie der Osten beteiligt wären. Das ist genau das Gegenteil von dem, was man in Washington erträumt. Nun reisen Ministerpräsident Guy Mollet und Aussenminister Pineau in diesem Monat noch nach Moskau - und was geschähe, wenn sie dort ihren Plan vorlegten und die Männer des Kreml ihre Zustimmung ausdrücken? Kann dem Washington sagen "Nein, wir wollen lieber unter uns bleiben und den Kalten Krieg jetzt auf dem wirtschaftlichen Sektor fortsetzen"?

Es ist also nicht einfach, einen neuen Anfang so zu finden, dass er etwas wirklich Konstruktives einleiten kann. Dabei weiss jedermann, dass Sinn und Existenzberechtigung der NATO in Frage gestellt würden, wenn es nicht gelingt, bis zur nächsten Sitzung Grundlagen zu schaffen, die für die Praxis geeignet sind. Theorien sind zur Genüge vorhanden. Sie sind sinn- und zwecklos, solange sie so "platonisch" bleiben wie die jederzeit gern wiederholten Forderungen nach einer Wiedervereinigung Deutschlands. In Wirklichkeit nämlich war es jedermann bewusst, dass im Rahmen der NATO-Sorgen die deutsche Wiedervereinigung im letzten Glied steht und dass man von ihr nur redet, um das Thema eben nicht unerwähnt zu lassen.

Immerhin hat die französische Regierung die Absicht, zu dieser Frage einen Plan, den sie bereits im April ihren Abrüstungsdelegierten Jules Koch zuleitete, in Moskau zur Sprache zu bringen. Er sieht eine enge Bindung zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung vor. Seine Chancen sind nicht eben glänzend, wenn man an das Ergebnis der kürzlichen Londoner Abrüstungsverhandlungen denkt. Aber es ist schon wichtig, dass man sich wenigstens bemüht, vom Fleck zu kommen. Darauf weist auch das Kommuniqué mit der Feststellung hin, dass "Raum für neue friedliche Initiativen vorhanden" sei, unmittelbar an die melancholische Erklärung, dass auch in der Frage der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit in Paris keine Fortschritte gemacht wurden.

Aus dem Wirrsal der Pläne, Absichten und Wünsche etwas Brauchbares zu entwickeln, soll die Aufgabe der NATO-Regierungen in den nächsten Monaten sein. Jedem von ihnen ist klar, dass es um Leben oder Sterben der NATO-Idee geht.

* * *

Ostforschung - dunkler Fleck im deutschen Geschichtsbild

O.G. Angesichts der ständig beklagten Stofffülle in allen Stufen des Bildungswesens - von der Volksschule bis zur Universität - erscheint es wenig sinnvoll, die Einführung neuer Bildungsinhalte in den Unterricht zu verlangen. Nicht Stoffvermehrung, sondern Stoffbeschränkung ist das Gebot der Stunde, wenn Bildung mehr sein will als Vermittlung von Wissen. Dennoch häufen sich die Vorschläge, neue Stoffgebiete, ja ganze neue Fächer in den Unterricht der Schule einzubeziehen von der Verkehrserziehung z.B. über einen Rechtsunterricht bis zur Ostkunde.

Wenn der "Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen" - jenes aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzte beratende Gremium - kürzlich ein Gutachten über "Osteuropa in der deutschen Bildung" vorlegte, geschah dies jedoch nicht in der Absicht, die vorhandene Vielfalt der Stoffgebiete lediglich um ein neues zu vermehren. Der Ausschuss wendet sich vielmehr ausdrücklich gegen das Mißverständnis, es gehe ihm darum, das überlastete Programm unserer Schule um einen neuen Bildungsstoff zu erweitern.

"Es sollen nicht neue Fächer eingeführt werden; es soll für die bereits vertretenen Fächer der rechte Horizont gesucht werden und die Schwerpunkte sollen so verteilt werden, wie es der wirklichen Lage Deutschlands in Mitteleuropa gemäss ist."

Im Blick auf unsere östlichen Nachbarn heisst dies nichts anderes als eine stärkere Einbeziehung der Geschichte und der gegenwärtigen Gestalt Osteuropas in die klassischen Fächer, vor allem in den Geschichtsunterricht; andere entbehrlichere Stoffgebiete müssen dann naturgemäss zugunsten dieser dringenden Forderung ausgeschieden werden. Denn "bisher war das vorherrschende Geschichtsbild einseitig durch die Zugehörigkeit der germanisch-romanischen Völkergruppe zum Kulturkreis des westlichen Abendlandes bestimmt," heisst es mit Recht in diesem Gutachten. (Wie krampfhaft mühen sich heute gewisse Kreise in der Bundesrepublik demgegenüber, dieses einseitige Geschichtsbild zu konservieren, ja noch weiter zu verengen!

Das Gutachten steht weiter fest:

"Die Geschichte der slawischen Völker selbst blieb so gut wie unbekannt. Mangelhafte oder einseitige Unterrichtung

führte zu falschen Urteilen über Charakter und Fähigkeiten unserer östlichen Nachbarn, die politisch schwerwiegende Folgen hatten. Die Erinnerung an die bedeutende kulturelle Leistung, welche die Deutschen im vergangenen Jahrtausend in Osteuropa vollbracht haben, wurde dadurch entwertet und entstellt, dass man sie mit der Rassenideologie in Verbindung brachte."

Dass dies nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die Geographie Osteuropas, ja Ostdeutschlands gilt, beweist das beschämende Ergebnis einer kürzlich veranstalteten Umfrage über die Oder-Neisse-Linie. Nur eine Minderheit der Befragten konnte deren Verlauf richtig angeben.

Nicht nur ein Bildungsmangel

Das Gutachten macht eine Reihe von praktischen Vorschlägen zur Behebung dieses Mißstandes, der weit mehr als nur einen Bildungsmangel darstellt, sondern eines Tages zur akuten politischen Gefahr werden könnte. Voraussetzung für eine stärkere Vermittlung von Kenntnissen über Osteuropa ist ein großzügiger Ausbau der Ostforschung, eine gründlichere Unterrichtung der Lehrer über diese Probleme sowie eine bessere Ausstattung der Schulen mit entsprechendem Lehrmaterial.

Ein Beispiel dafür, wie in knapper, aber instruktiver Form osteuropäische Fragen dem Lehrer nahegebracht werden können, ist ein Aufsatz über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht von Erno Meyer, der im "Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1956" und auch als Sonderdruck (im Verlag Albert Limbach, Braunschweig) erschienen ist. Frei von allen nationalistischen Ressentiments wird hier in Thesenform eine objektive Darstellung dieser Beziehungen auch zu den kritischen Zeitpunkten versucht. So heisst es z.B. über den Zusammenbruch der Herrschaft des Deutschen Ordens:

"Die Kriege zwischen Polen und dem Orden sind keine nationalen Kriege im neuzeitlichen Sinn. Die ständischen Gemeinsamkeiten spielen vielfach eine grössere Rolle als die nationalen. Auch auf der Seite des Ordens kämpfen Slawen (tschechische Söldner); der wichtigste Bundesgenosse Polens ist die deutsche Bürgerschaft von Danzig."

Diese übernationalen Aspekte betont auch das Gutachten des Deutschen Ausschusses, sie gelten auch für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit, so bitter die Erinnerung an die Austreibung für den Einzelnen sein mag; denn nur in diesem Geiste kann die Behandlung von Geschichte und Gegenwart Osteuropas im Unterricht zu einer der wichtigsten Teilfragen der politischen Bildung überhaupt werden. "Eine

solche Bildungsarbeit setzt voraus, dass unsere Erzieher die deutsche Einheit und die europäische Gemeinschaft wollen. Sie verlangt von ihnen Sachlichkeit, Klarheit und Standhaftigkeit. Sie duldet keinen Aufschub."

* * *

Kein Recht zur Einschaltung

ler. Sicherlich ist es nicht der Wille der Saarbevölkerung, auf den sich Grotewohl in seinem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer und den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney etwas unverfroren berufen hat, als Sprungbrett für die von den Machthabern Pankows so heiss erwünschte diplomatische Anerkennung ihres von fremden Gnaden existierenden Regimes zu dienen. Die Bekundung des Willens der Saarländer am 23. Oktober vergangenen Jahres war eindeutig. Er richtete sich gegen alle, die im Bagagewagen der Besatzungsmacht ins Land gespült waren, um dort fremden Herren willig zu sein. Das Bekenntnis zum deutschen Mutterland war eine klare Absage an alle Separatisten, wo immer sie auch tätig sind. Es schuf eine völlig neue Ausgangsposition, in die am wenigsten Herr Grotewohl hineinpasst.

Das Recht, im Namen eines Teiles Deutschlands zu sprechen, hat er verwirkt, ihm fehlt dazu jede demokratische Legitimation. Sein Regime lebt nicht aus dem Willen der 17 Millionen Mitteldeutschlands, es wird getragen von den Spitzen sowjetischer Bajonette. Grotewohls Versuch, sich in die zwischen Bonn und Paris laufenden Saarverhandlungen einzuschalten, erfolgte wohl im Hinblick auf die bevorstehende Reise des französischen Ministerpräsidenten Mollet und seines Außenministers Pineau nach Moskau, um sie unter Druck zu setzen. Dieses abgestimmte Vorgehen ^{VON} Pankow und Moskau ist zu durchsichtig, als dass diese Rechnung aufgehen könnte. Es wäre, falls die französischen Staatsmänner auf diesen Leim gingen, der sicherste Weg, die Regelung der Saarfrage, die nach dem 23. Oktober v.J. nunmehr keinen Aufschub duldet, auf den Nimmerleinstag zu verschieben.

Für die Lösung des Saarproblems sind allein die demokratisch legitimierte Bundesrepublik und das Bonner Parlament zuständig. Sie allein sind, da aus freien Wahlen hervorgegangen, mit der Wahrnehmung gesamtdeutscher Interessen betraut, sie allein sind befugt, durch die Wiedereingliederung der Saar den ersten Schritt für die Wiedervereinigung Ge-

samtdeutschlands zu tun. Ein Mitspracherecht Pankows scheidet aus, da es selbst Produkt der deutschen Spaltung ist und seine Träger ein Hindernis auf dem Wege zum einheitlichen Deutschland. Grotewohls Intervention dient direkt und indirekt dem saarländischen Separatismus, dem durch diesen Versuch neuer Lebensodem eingehaucht werden soll. Aus ihm spricht der gleiche Geist, der am 23. Oktober an der Saar durch das Mittel freier Wahlen geschlagen wurde, in Pankow jedoch trotz aller Moskauer Veränderungen die Handlungen der Machthaber weiter bestimmt.

* * *

"Karlspreis" - wofür?

PR. In diesen Tagen wird Winston Churchill in die Bundesrepublik kommen, um den ihm schon im Vorjahr verliehenen Karls-Preis in Krönungssaal des Aachener Rathauses entgegenzunehmen. In der Geschichte Bewanderte haben daran erinnert, dass Sir Winston als Reichsfürst von Mindelheim in Schwaben nach Westdeutschland kommen wird. Dieser Titel sei ihm von seinem grossen Vorfahren John Churchill, Herzog von Marlborough überkommen, der ihn von Kaiser Josef I. für seine erfolgreiche militärische Hilfe im Spanischen Erbfolgekrieg verliehen erhalten habe.

Aber es ist die neueste Geschichte, die Anlass zu der Ehrung für den grossen Briten Churchill bietet. Der Plan zu einem "Karls-Preis der Stadt Aachen", einem internationalen Preis für Verdienste um die europäische Einigungsbewegung, stammt aus dem Jahre 1949. Vor Churchill erhielten ihn Graf Richard Coudenhove-Kalergie, Begründer der Paneuropa-Bewegung; Prof. Dr. Hendrik Brugmans, Rektor des Europa-Kollegs in Brügge; der verstorbene italienische Ministerpräsident De Gasperi; Jean Monnet, der frühere Präsident der Hohen Behörde der Montan-Union, und Bundeskanzler Adenauer. Schon diese Reihe zeigt, was für ein Europa gemeint ist, um das hier Verdienste erworben wurden und geehrt werden sollen, das Klein-Europa konservativ-klerikaler Prägung.

Sir Winston ist der erste Nichtkontinentale, dem diese Ehrung nun zuteil wird. Als Ausgangspunkt und Abschluss der politischen Leistung Churchills unter dem Aspekt des besonderen europäischen Verdienstes werden von dem Kuratorium zwei Daten genannt: die grosse Rede des britischen Staatsmannes am 19. September 1946 vor Studenten der Universität Zürich und der unter der Regierung Churchill erfolgte Beitritt Gross-Britanniens zur Westeuropäischen Union im Jahre 1954, als weiterhin sichtbare Bekundung, das eigene Schicksal mit dem des Kontinentes zu verbinden. In Zürich hatte Churchill erklärt:

"Wir können es uns nicht leisten, durch all die kommenden Jahre den Hass und die Rache mit uns forzuschleppen, die den Ungerechtigkeiten der Vergangenheit entsprossen sind. Lasst Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Frieden walten! Wie durch ein Wunder könnte Europa so frei und glücklich werden, wie es heute die Schweiz ist, wenn wir eine Art Vereinigter Staaten von - 7 -

Europa errichteten und Frankreich und Deutschland den ersten Schritt zur Bildung der europäischen Familie taten. Es gibt kein Wiedererstehen Europas ohne ein geistig grosses Frankreich und ohne ein geistig grosses Deutschland."

Europa und Deutschland aber sind heute durch einen Riss gespalten, wie er so unheilvoll und tief seit längeren Zeiten nicht durch unseren Erdteil und unser Land gegangen ist. Und es ist gar kein Zweifel möglich, dass derjenige, der am 10. Mai den Preis "für Verdienste um die europäische Einigungsbewegung" in der alten Kaiser-Stadt im äussersten Westen Deutschlands erhalten wird, ein gerüttelt Mass Mitschuld an dieser Entwicklung trägt. Die Vertreter der Vertriebenen-Organisationen haben das bereits deutlich zum Ausdruck gebracht und sehr viele andere Menschen teilen diese Auffassung.

Eine Fülle geschichtlicher Zeugnisse hat inzwischen bewiesen, wie verhängnisvoll auch Churchills unmittelbare Nachkriegspolitik die ganze Folgezeit bis auf den heutigen Tag beeinflusst hat, auch wenn Roosevelt ihn in dieser Hinsicht der Rang abgelaufen haben mag. Beide sind im politischen Endkampf, den sie mit der Sowjetunion, damals repräsentiert durch Stalin, zu führen hatten, unterlegen. Die verhängnisvolle Forderung Roosevelts nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands hat Churchill gegengezeichnet und den Text für jenen Morgenthau-Plan hat er, nach dem amerikanischen Historiker Arthur Schlesinger jr., selbst entworfen, einschliesslich des entscheidenden Satzes über die Umwandlung Deutschlands "im wesentlichen in ein Agrar- und Weideland". Dass die spätere Entwicklung dieses Vorhaben gerade auch im Interesse der Westmächte als Wahnsinn erscheinen liess und verbot, ist eine andere Sache.

Churchill hat auch in Jalta für die Teilung Deutschlands - und damit im Endeffekt Europas - plädiert, wenn er sich auch, nicht allzu entschieden, gegen das Ausmass der sowjetischen Deutschland-Pläne wandte. Er erklärte, die Zerstückelung Deutschlands sei ein so kompliziertes Problem, dass man das nicht in wenigen Tagen auf einer internationalen Konferenz erledigen könnte. Er war dagegen, dass ein öffentlicher Hinweis auf diese beabsichtigte Zerstückelung in die Kapitulationsurkunde aufgenommen würde - "aus taktischen Gründen". Er erklärte sich mit der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten einverstanden, wenn er auch schon früh gegen die Form protestierte, in der das dann geschehen war.

Die Leistung Churchills für sein Land, für die Kriegführung des Westens und die Befreiung der Welt von der Bedrohung durch Hitler ist unbestritten. Sein Verdienst um die Einigung eines Europas, das sich nur einigermaßen mit den traditionellen Grenzen unseres Erdteils deckt, ist es keinesfalls. Nirgendwo empfindet man das deutlicher als in gespaltenen Deutschland, dem Kernstück dieses "alten" Europas.

* * *